

Zukunftsstrategie für die Nutztierhaltung in Baden-Württemberg

24.02.2026

Landesbauernverband fordert vor der Landtagswahl klare politische Weichenstellungen



Die Nutztierhaltung ist wirtschaftliches Rückgrat der Landwirtschaft in Baden-Württemberg und zugleich zentral für regionale Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und lebendige ländliche Räume. Doch seit Jahren geraten immer mehr tierhaltende Betriebe unter Druck. Steigende Auflagen, fehlende Planungssicherheit, langwierige Genehmigungsverfahren und ein massiver Wettbewerbsnachteil im europäischen Vergleich führen zu einem deutlichen Strukturbruch. Der Landesbauernverband in Baden-Württemberg (LBV) legt deshalb im Vorfeld der Landtagswahl eine Zukunftsstrategie für die Nutztierhaltung vor. Ziel ist es, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Tierhaltung im Land eine verlässliche Perspektive erhält.

Tierhaltung sichert Ernährung, Wertschöpfung und Kulturlandschaft

Die Nutztierhaltung ist unverzichtbarer Bestandteil landwirtschaftlicher Kreisläufe. Sie

ermöglicht die Verwertung pflanzlicher Reststoffe, trägt zur Klima- und Ressourceneffizienz bei und sichert Einkommen für landwirtschaftliche Familien sowie zahlreiche Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Bereichen. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Erlöse stammt aus der Tierhaltung. Gleichzeitig ist Baden-Württemberg bei wichtigen tierischen Lebensmitteln bereits heute nicht selbstversorgend. Ein weiterer Rückgang der Tierhaltung würde die Abhängigkeit von Importen erhöhen, häufig aus Ländern mit niedrigeren Standards.

Klare Forderungen an die Politik

Der LBV fordert unter anderem:

- Ein Moratorium für neue Auflagen in der Tierhaltung
- Wettbewerbsfähigkeit durch mindestens EU-weit einheitliche Standards
- Einen rechtssicheren Bestandsschutz bei Neu- und Umbauten
- Spürbaren Bürokratieabbau und den Abbau von Doppelstrukturen
- Ein praxistaugliches Bau- und Genehmigungsrecht
- Verlässliche Förderprogramme und realistische Übergangsfristen

Dabei betont der Verband ausdrücklich seine Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Tierhaltung.

Milchviehhalter fordern Entlastung und Planbarkeit

Roswitha Geyer-Fäßler, Milchviehhalterin und LBV-Vizepräsidentin, macht deutlich: „Das Bau- und Genehmigungsrecht muss spürbar verschlankt werden. Wer seine Ställe weiterentwickeln und in mehr Tierwohl investieren will, darf nicht durch langwierige Verfahren ausgebremst werden. Wir stehen dazu, unsere Betriebe im Sinne gesellschaftlicher Erwartungen weiterzuentwickeln und Tierwohl konsequent voranzubringen. Dafür brauchen wir jedoch verlässliche und praktikable Rahmenbedingungen.“

Zugleich belastet die zunehmende Regulierung die Betriebe im Alltag erheblich: „Als Milchviehhalterin erlebe ich jeden Tag, wie sehr wir Tierhalter unter der ausufernden Bürokratie leiden. Immer neue Dokumentationspflichten und komplexe Vorgaben kosten Zeit, Geld und unternehmerischen Spielraum. Schon bei der Gülleausbringung nach starren Terminvorgaben beginnt die Überregulierung. Zur Planbarkeit gehört der gesamte Kreislauf: Unsere Tierhaltung liefert wertvollen Wirtschaftsdünger, der Grundlage für den Pflanzenbau ist. Fällt die Tierhaltung im Land weg, fehlt ein entscheidendes Puzzleteil in unseren landwirtschaftlichen Kreisläufen. Hier brauchen wir dringend Entlastung durch einen echten Rückbau von Vorschriften.“

Schweinehalter brauchen klare politische Signale

Auch im Bereich der Schweinehaltung ist die Situation äußerst angespannt. Neben wirtschaftlichen Schwankungen greifen zunehmend politische und regulatorische Faktoren in das Marktgeschehen ein und erschweren eine verlässliche Betriebsführung. Hans-Benno Wichert, Schweinehalter und LBV-Vizepräsident, betont: „Als Schweinehalter stehen wir

aktuell massiv unter Druck. Tierseuchen wie die Afrikanische Schweinepest, handelspolitische Maßnahmen wie Strafzölle oder nationale Sondervorgaben im Tierschutz verzerren das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Das führt zu klaren Wettbewerbsnachteilen für unsere heimischen Betriebe und schafft enorme Unsicherheit. Hinzu kommt: Ohne funktionierende Infrastruktur fehlt uns die Grundlage für eine wirtschaftliche Perspektive. Der Erhalt regionaler Schlachtkapazitäten ist für die Schweinehalter im Land von zentraler Bedeutung.“

Gerade jetzt seien klare politische Signale für das Fortbestehen der Betriebe existenziell: „Wir brauchen jetzt einen Auflagen-Stopp, verlässliche Förderprogramme und verlängerte Übergangsfristen, damit Betriebe wirtschaftlich tragfähig bleiben und notwendige Investitionen stemmen können. Besonders mit Blick auf die Zukunft ist Planungssicherheit entscheidend. Vor allem für die nächste Generation braucht es ein klares Bekenntnis der neuen Landesregierung zur regionalen Tierhaltung. Wenn junge Hofnachfolger wieder mit Zuversicht in moderne tiergerechte Ställe investieren sollen, dann braucht es jetzt Verlässlichkeit statt immer neuer Unsicherheiten. Schweinehaltung hat Zukunft in Baden-Württemberg – wenn die Politik jetzt die richtigen Weichen stellt.“

Appell an die kommende Landesregierung

Der Landesbauernverband fordert die künftige Landesregierung auf, die Nutztierhaltung als strategischen Bestandteil der baden-württembergischen Landwirtschaft anzuerkennen und aktiv zu stärken. Wer regionale und somit nachhaltige Lebensmittel, hohe Tierwohlstandards und lebendige ländliche Räume will, muss die Voraussetzungen schaffen, damit Tierhaltung im Land Baden-Württemberg wieder aufblüht.